



Foto: APA/Tobias Steinmaurer

Bund, Länder und Gemeinden verhandelten über Reformen in den Bereichen Gesundheit, Energie, Bildung und Verwaltung

1 Der Begriff einer Reformpartnerschaft ist als „Politiksprach“ abgedroschen. Das Wort wurde gleichermaßen von der steirischen Regierung 2000 bis 2015 und der deutschen Koalition 2026 verwendet. Bei unseren Nachbarn gebraucht das Wirtschaftsministerium denselben Ausdruck sogar für eine Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern.

2 In der Sache ist die österreichische Reformpartnerschaft trotzdem richtig und wichtig. In den Schlüsselbereichen Bildung, Energie und Gesundheit soll unser Land neu organisiert werden. Insbesondere geht es um das Gesundheitssystem. Weil das einerseits naturgemäß jeden von uns betrifft und andererseits Milliarden Euros ausgegeben werden.

3 Die hohe medizinische Qualität der Gesundheitsleistungen wird nicht bezweifelt. Das Problem ist – etwa sowohl bei Spitalstandorten als auch bei den Gastpatienten – ein Durcheinander von Zuständigkeiten, die schlecht aufeinander abgestimmt werden. Was

sowohl zu Doppelkosten als auch dem leidigen Problem langer Wartezeiten führt. Ein großer Wurf wäre daher, wenn – so wie von der Salzburger Landeshauptfrau Karoline Edtstadler vorgeschlagen – statt den Ländern der Bund sozusagen „Gesundheitsversorgung aus einer Hand“ macht.

4 Machen die Länder zuzätzliche Gesundheitsprojekte, müssten sie das aus eigenen Budgettöpfen finanzieren. Hier haben die Bundesländer wirklich Reformbereitschaft gezeigt. Das Vorurteil, diese würden stets bremsen, ist einfach falsch. Doch war man in der Bundesregierung letztlich nur zu – durchaus positiven – Dingen wie Facharztzentren und besseren Abstimmungsmechanismen bereit. Das ist ein Reförmchen.

Staatsreformen als Stückwerk?

Die Reformpartnerschaft als Herzstück der rot-weiß-roten Zukunftspläne. Es geht um die große Frage: „Wer macht was?“



PROF. PETER FILZMAIER

Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität für Weiterbildung Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

5 Im Gegenzug hätte man nämlich den Ländern mehr Bildungskompetenzen geben können. Was für ÖVP und SPÖ möglich erschien, aber am Widerstand der Neos gescheitert sein soll. Um einen Fußballvergleich zu bringen: Die Reformpartnerschaft funktioniert nur, wenn man sich nicht gegenseitig Tore schießen

will. Wenn also die Neos – deren Ex-Parteichef Matthias Strolz Landeshauptleute als „Fürsten der Finsternis“ beschimpfte – die Bundesländer am liebsten abschaffen würde, wird es schwierig. Wie können Verhandlungen erfolgreich sein, wenn der eine das Existenzrecht des anderen bezweifelt?

6 Ist es nun zu spät? Nein. Beim letzten Treffen der Reformpartner hielten die Regierungsspitzen ihre Pressekonferenz mitten in der Nacht ab. Journalistenfragen waren nicht erlaubt. Doch gab es sowieso nur Absichtserklärungen. Um vom Reden ins Tun zu kommen, sind nun Gesetze auszuarbeiten. Da kann man ganz „unösterreichisch“ auch mehr Reformen umsetzen, als angekündigt wurden.